

Beantwortung der Fragen durch LKR - Bernd Lucke und die Liberal-Konservativen Reformer

1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

Die Sozialpolitik und die Entscheidung über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente obliegt den eigenverantwortlichen Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten. Beides ist eng mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen verbunden und deshalb dürfen diese nicht von deren arbeits- und sozialpolitischen Konsequenzen entkoppelt werden. Ein Grundeinkommen finanziert sich nicht von selbst.

Im Bundesparteiprogramm setzt sich die LKR für das „Aktivierende Grundeinkommen“ in Deutschland ein. Hier geht es um ein aufeinander abgestimmtes Steuer- und Transfersystems: Durch ein „Aktivierendes Grundeinkommen“ soll leistungsbereiten Hilfeempfängern mehr Einkommen verbleiben als heute mit „Hartz IV“. Arbeit muss lohnen – auch für Geringqualifizierte und auch für Familien mit Kindern.

Derzeit lohnt für geringqualifizierte Arbeitslose die Aufnahme von Arbeit so gut wie nicht: Erwerbseinkommen über 100 EURO im Monat hinaus wird zu 80 % bis 100 % auf das Arbeitslosengeld II, oft auch „Hartz IV“ genannt, angerechnet. Familien mit Kindern verlieren sogar ab bestimmten Einkommensgrenzen Vergünstigungen, so dass Erwerbstätigkeit bei der Überschreitung dieser Einkommen negativ zu Buche schlägt.

Das „Aktivierende Grundeinkommen“ hingegen ist so ausgestaltet, dass es für Geringverdiener lohnt, Arbeit aufzunehmen. Die Arbeitsaufnahme wird unterstützt, und es ist bei entsprechender Ausgestaltung haushaltsneutral finanzierbar.

Erwerbsfähige Hartz IV-Empfänger würden das „Aktivierende Grundeinkommen“ ohne Bedürftigkeitsprüfung mit der Möglichkeit eines lohnenden Hinzuverdienstes beziehen. Das bedeutet: Wer arbeiten will und kann, wird von der öffentlichen Hand so unterstützt, dass er zumindest eine sinnvolle Weiterbildung oder Teilzeitarbeit erhält, möglichst aber einen Vollzeit Arbeitsplatz.

Von dem Erwerbseinkommen würde er etwa die Hälfte behalten können, also weit mehr als heute 0 % oder 20 % dessen, was ein „Hartz-IV-Bezieher“ mit einem Erwerbseinkommen von mehr als 100 EURO behalten kann.

So sprengt das Aktivierende Grundeinkommen die Armutsfalle.

2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))

Die Sozialpolitik liegt in der Verantwortung der Einzelstaaten, weil die Bürger der Mitgliedsländer in eigener Verantwortung ihre Sozialpolitik finanzieren. Die LKR steht zum Subsidiaritätsprinzip, denn so kann eine dauerhafte verantwortungsbewusste Sozialpolitik durchgeführt werden, die das Existenzminimum eines jeden Bürgers sichert.

Gleichzeitig dürfen die Existenz und Leistungsbereitschaft derer nicht gefährdet werden, die das Existenzminimum für alle finanzieren. Eine Unterstützung wie in Deutschland die Grundsicherung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Sozialsystem des Staates zu betrachten und daher auch nur im Gesamtzusammenhang unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zu ändern. Ein in der genauen Ausgestaltung auf den einzelnen Staat abzustimmendes „Aktivierendes Grundeinkommen“ ist durchaus ein für die EU überlegens- und prüfungswertes Ziel.

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

Keine. Begründung: s.o.

Bitte um Beachtung: 2017 starteten die Finnen ein Experiment: Sie wollten testen, was passiert, wenn niemand mehr zur Arbeit gezwungen wäre – dank eines Grundeinkommens. Nun liegen erste Ergebnisse vor. Und sie sind ernüchternd. Das Experiment ist beendet worden.

4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem offenen Brief einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?

Keine, weil ein EU-weites Grundeinkommen in der vom Netzwerk Grundeinkommen definierten Art zu nicht finanzierbaren Umverteilungen und kostenmäßigen Verschiebepbahnhöfen führen würde, das dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht. Wie in der Frage richtig dargestellt, würde das Wirtschaftswachstum gefährdet, wenn ein Grundeinkommen EU-weit eingeführt wird: Dabei besteht auch eine hohe Gefahr, dass viele Parteien das Grundeinkommen erhöhen, um Wählerstimmen zu fangen, was anschließend die Bürger über höhere Steuern und Abgaben finanzieren müssen. Das wiederum mindert die Leistungsbereitschaft und Wirtschaftskraft. LKR sieht in einem gesunden Wirtschaftswachstum im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft die Grundlage zur Finanzierung der erforderlichen Sozialleistungen des Staates. Nur so kann „Wohlstand für Alle“ gemäß Ludwig Erhard geschaffen werden.

5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

Keine, s. 1.